

## Konfliktstimmung.

Internationale Beunruhigung.

In aller Ruhe hat die österreichische Regierung Maßregeln getroffen, wie sie sich für Bosnien nach dem Attentat von Sarajewo notwendig erwiesen haben. Vor allem wird der gesamte Polizeidienst neu organisiert und eine besonders strenge Bewachung der Grenze durchgeführt werden. Das alles war anzunehmen, und nur der Fernstehende konnte mit Spannung erwarten, wie sich die Wiener Regierung gegenüber Serbien verhalten würde. Es ist nun auch darüber die Entscheidung gefallen; ruhig, vornehm, und doch nicht ohne Festigkeit.

Der greise Kaiser hat den diesbezüglichen Beschluß seines Ministerrats genehmigt. Danach soll der Schritt in Serbien in wenigen Tagen unternommen werden, wenn ein vorläufiger Abschluß der Untersuchung erfolgt ist. Man wird dabei keinen Eingriff in staatliche Souveränität Serbiens versuchen. Es soll der serbischen Regierung nichts zugemutet werden, was als Demütigung gedeutet werden könnte. Man erwartet aber, daß die serbische Regierung den österreichischen Forderungen auf Befragung der an der Anstiftung des Attentats beteiligten Personen und auf Vorkehrungen zur Abstellung jener Übelstände, deren Weiterbestand einen korrekten Nachbarnverhältnis ausschließen würde, voll und ganz Rechnung tragen werde. Endlich soll die serbische Regierung aufgefordert werden, gewisse Sicherheiten zu bieten, daß auch in Serbien zukünftig die großserbischen Umtriebe auf dem Gebiete der Monarchie seitens der serbischen Regierung nicht nur nicht begünstigt, sondern verhindert werden.

Die letzte Forderung ist die entscheidende. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie erst erhoben wurde, nachdem die Wiener Regierung mit den Kabinetten der Großmächte verhandelt hat. Ohne Zweifel haben die Kabinetten zustimmend geantwortet; denn man hat offenbar erkannt, daß die großserbischen Wahlen eine europäische Gefahr darstellen. Man weiß nicht, ob von dem jetzt wieder in Frankreich geplanten Attentat irgendwelche Verbindungsäden zu der grauenvollen Mordtat von Sarajewo führen, man weiß nicht, ob die in Beaumont verhafteten Russen sich gegen den Zaren oder gegen den französischen Präsidenten Poincaré verschworen haben, aber das weiß man, daß ein Land, das bei der Bekämpfung des politischen Mordes nicht mitwirkt, sich außerhalb der Zivilisation stellt.

Dazu kommt, daß einwandfrei festgestellt ist, daß es sich in Sarajewo nicht um ein paar Verlorene handelte, um ein paar Desperados, die durch die Ermordung des Thronfolgers einem Prinzip zum Siege verhelfen wollten, sondern man weiß, daß es sich in diesem Falle um eine großangelegte Organisation handelte, deren Hintermänner vor Abschluß der Untersuchung zu nennen die internationale Höflichkeit verbietet, die man aber heute schon sehr wohl kennt.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß nur ein energischer Druck in Belgrad eine Änderung herbeiführen kann, so liefert ihn das Verhalten der serbischen Presse, für das es im Verkehrlieben der Menschen an einer passenden Bezeichnung mangelt. In Wien, Rom, Paris, London und Berlin ist man sich darüber einig, daß das Verhalten der serbischen Presse, das doch auf die Stimmung der überwiegenden Volksmeinung gestützt ist, eine schwere Gefahr für den Erdteil bedeutet. Die jahrelang auch von den Leitern der serbischen Politik ausgeübte Saat des Hasses und der moralischen Vermilderung ist eben aufgegangen. Heute ist es der europäischen Öffentlichkeit klar geworden, daß die österreichische Monarchie den weiteren Folgen des zu allem tüchtigen Hasses unmöglich mit verschärften Armen zusehen kann, und daß sie fortan zu einer Politik äußerster Vorsicht und Wachsamkeit gezwungen werden wird.

Daß damit der europäische Wetterwinkel erneut und in verstärktem Maße zu einer Quelle dauernder Unruhe und Besorgnis wird, kann zunächst nicht verhindert werden. Eines aber muß mit allem Nachdruck erreicht werden: daß die großserbische Werbearbeit, die mit Bombe und Revolver arbeitet, unter-

drückt wird. Man weiß, daß in Serbien leider der Königs- und Thronmord kein unmögliches Verbrechen ist, und daß die Königs- und Thronmörder seit dem Jahre 1903 die Politik in Serbien bestimmend beeinflussen. Nun aber gewinnt es den Anschein, als habe man armelige Spießgesellen gedungen, um durch Mordmord auf fremdem Boden den Aufstieg und damit die Verwirklichung des serbischen Großmachtstraumes herbeizuführen.

Wenn ja, so handelt es sich in diesem Falle um eine gemeinsame Angelegenheit Europas, und selbst Rußland, unzweifelhaft der Schutzstaat Serbiens, wird nicht umhin können, mit Europa einzuvoziehen, wenn es gilt, die Möglichkeit zu unterbinden, daß von serbischer Erde abermals Mörder hinausziehen, um den Ideen von Leuten zu dienen, die sorgsam hinter den Kulissen bleiben. Das wird umso nötiger sein, nachdem vor aller Öffentlichkeit festgestellt sein wird, wo der Ursprung der Mordtat von Sarajewo zu finden ist.

Es wäre eine Schmach für den Staat, der sich ausschließen wollte, wenn es gilt, gemeinsam den politischen Mordmord aus den Händen zu nehmen. Nicht nur Deutschland, nicht nur der Dreieinig, sondern ganz Europa ist daran interessiert, festzustellen, ob in seinem gefährlichsten Winkel wirklich ein Staat existiert, wo nicht nur der Mord des eigenen Staatsoberhauptes straflos bleibt, sondern der auch die Mordwaffe seiner Untertanen straflos gegen andere Staatsoberhäupter richten läßt. Serbien muß durch Europas einige Haltung überzeugt werden, daß es seinen Tisch mit den Mordtuben von Sarajewo und ihren Hintermännern machen muß. Die Beseitigung der großserbischen Propaganda ist eine Schicksalsfrage für Europa, deren baldige Lösung allein schlimme Konflikte verhüten kann.

Westmann.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm ist auf der Nordlandfahrt in Bergen eingetroffen. Auch hier wurde der Monarch, wie in Odde, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.

\* Der König von Bayern hat eine Abordnung des Niederbayerischen Bauernvereins empfangen, die erschienen war, um Einspruch zu erheben gegen die mit königlicher Verordnung erfolgte Neuordnung der Volkshilfsbildungsschule. Ihre Verlegung auf einen Berg und die Vermehrung der Unterrichtsstunden bedeute eine Schädigung des Bauernstandes, den Arbeitskräfte entzogen würden. Die niederbayerischen Bauern haben den König, ihnen eine Schule zu erhalten, wie sie die Bauern brauchen. Der König erwiderte, er werde nie seine Zustimmung zu einer Verordnung geben, die irgendwie den Bauernstand schädigen könne.

\* In der Thronrede, mit der der heilige Landtag geschlossen wurde, gedachte der Großherzog mit besonderer Befriedigung der organischen Neuordnung der Bezüge der Staatsbeamten und fuhr dann fort: „Es gereicht mir zur Befriedigung, daß die Vorlage über die Revision der Ordensgesetze, die einzelnen religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen eine freiere Tätigkeit in religiöser, charitativer und sozialer Richtung ermöglichen soll, die Zustimmung der Stände erlangt hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die daran geknüpften Erwartungen, es werde der konfessionelle Friede in meinem Lande erhalten bleiben, sich voll auf erfüllen werden.“

\* Die Veranlagung auf Grund des Reichsgesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 hat für den gesamten Bereich der preussischen Monarchie einen Betrag von 603 Millionen Mark ergeben. Dieser Betrag entspricht derjenigen Summe, die seitens der preussischen Finanzverwaltung unter Zugrundelegung des vom Reichshausamt auf 975 bis 1000 Millionen Mark veranschlagten Ertrages und der auf Preußen fallenden Bevölkerungszahl errechnet worden war. Es darf nunmehr als sicher gelten, daß das Gesamtaufkommen aus dem Wehrbeitrag über die anfangs ange-

nommene Summe von 840 Millionen Mark, erheblich hinausgehen wird. Andererseits bleibt es aber hinter dem der Finanzierung des vorjährigen Wehrgesetzes zugrunde gelegten Betrage von 1200 Millionen Mark beträchtlich zurück.

\* Bei der Reichstagserversammlung in Koburg, die durch die Beförderung des nationalliberalen Abgeordneten, Regierungsrats Dr. Quard zum Chef der koburgischen Ministerialabteilung notwendig geworden war, erhielt Landtagspräsident Arnold (fortschrittliche Volkspartei) 5592, Umsturzminister Stoll (Nationalliberaler) 3263 und Hoffmann (Sozialdemokrat) 5390 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen Arnold und Hoffmann statt. Bei der Wahl 1912 hatte der sozialdemokratische Kandidat Jietich 6199, der Nationalliberaler Dr. Quard 4740 und der fortschrittliche Kandidat, Hauptlehrer Sandner, 3540 Stimmen erhalten. In der Stichwahl siegte dann Dr. Quard mit 7960 Stimmen, während der Sozialdemokrat 6980 Stimmen erhielt.

\* Das Mitglied des preussischen Herrenhauses der Geheimen Justizrat Professor Dr. Gueterbock in Königsberg i. Pr. ist im 85. Lebensjahr gestorben. Professor Gueterbock gehörte seit 1893 dem Herrenhause auf Präsentation der Universität Königsberg an. Er war bis vor wenigen Jahren Lehrer des Strafrechts und Prozessrechts an der Königsberger Universität.

Frankreich.

\* Dem Kriegsminister Messimy ist es nach langer Debatte in der Kammer gelungen, die Bedenken mehrerer Deputierter gegen die Einführung des graublauen Militärlärtsches in Frankreich zu zerstreuen. Der Kriegsminister versicherte nachdrücklich, daß eine Verwechslung der französischen Schattierung mit dem Grau der deutschen Uniform unmöglich sei. Daraufhin wurden die Kredite für die neue Uniformierung bewilligt.

\* Die Kommission der Kammer für das allgemeine Stimmrecht hat ihre Referenten beauftragt, einen Bericht in dem Sinne auszuarbeiten, den Frauen das Stimmrecht für den Gemeinderat und die Provinzialratswahlen zu erteilen. Ein Kommissionsmitglied tritt für das allgemeine, uneingeschränkte Wahlrecht für die Frauen ein.

England.

\* Die Behörden rechnen mit der Möglichkeit, „Drangetages“ zum Ausgangspunkt von Unruhen zu machen, auf die man sich seit langem vorbereitet hat. Alle Uniformträger sind trotz der Wachsamkeit, die die Behörden in den letzten Monaten dem Waffenschmuggel widmeten, vollständig bewaffnet. Die Regierung hat deshalb nach der Hauptstadt starke Polizeieinheiten geleitet.

Schweiz.

\* Der Plan eines Bundes der europäischen Kleinstaaten ist jetzt aus Anlaß des Besuches, den der König von Belgien in Bern gemacht hat, aufgetaucht. Pariser Blätter vermuten, daß zwischen Belgien, der Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen engere Beziehungen als Gegengewicht gegen die Großstaaten geschaffen werden dürften. Die Schweizer Zeitungen betonen jedoch demgegenüber, die Schweiz habe keinen Anlaß, durch ein Bündnis anderen Staaten eine Rückenbedeckung zu gewähren, die militärisch nicht auf der Höhe der Schweiz stehen und vielleicht Kolonialbesitz zu hüten haben. Die Schweiz wolle sich nicht durch einen Kleinstaatbund in internationale Wirren verwickeln lassen.

Valkantanten.

\* Die albanische Regierung hat in einem Aufruf alle Bürger aufgefordert, die ihnen nach dem Gesetze vom 17. Juni zur Verteidigung der Stadt übergebenen Waffen wieder abzuliefern. Da dieser Aufruf ohne jede Erklärung bekannt gegeben wird, kann man ihn schlecht deuten. Allem Anschein nach ist aber Fürst Wilhelm des Blauverlegens müde — oder aber man hält die bisher regierungstreue Einwohnerchaft nicht mehr für zuverlässig. — Angebild soll die rumänische Regierung einem Bankier die

finanzielle Ermöglichung der Entsendung eines 3000 Mann zählenden rumänischen Freiwilligenkorps nach Albanien übertragen haben. — Der albanische Ministerpräsident Turhan Pascha, der in Petersburg weilte, hat dort keine besonderen Erfolge gehabt. Die Regierung weigert sich finanzielle Beihilfen zu gewähren, so lange England und Frankreich nicht einspringen.

\* Die Auswanderung der Griechen aus Kleinasien hält trotz der gegenteiligen friedlichen Versicherung an. In Smyrna ist es abermals zu einem Zusammenstoß zwischen einer Militärpatrouille und Griechen gekommen, der natürlich, da er blutig verlief, wieder neue Unruhe geschaffen hat. In diplomatischen Kreisen ist man beizogen, weil die gefürchtete griechisch-türkische Übereinkunft immer noch nicht abgeschlossen ist.

## Das Erbe der Fürstentinder.

Wie Kaiser Franz Joseph für die Waisen Franz Ferdinands sorgt.

Wien, im Juli.

Durch die deutsche Presse ging dieser Tage die Meldung, daß die unglücklichen Waisen des ermordeten Thronfolgerpaars durch die nicht in glänzender Lage zurückblieben, da der wertvollste Teil des Vermögens Franz Ferdinands, die Schlösser Konopischt, Schlägen und Urstetten, nicht im Eigentum von Kaiserherzogs gestanden hätten, sondern mit Witten des Eitelichen Hausvermögens angekauft und als Fideikommiß auf den jeweiligen österreichischen Thronfolger übergehen, wurde daher auch behauptet, daß nicht nur das sogenannte Este-Modenafche Hausvermögen auf den neuen Thronfolger Karl Franz Joseph als Erbe übergehe, sondern auch die drei genannten Schlösser.

In der Tat ist der Kern der Meldung richtig. Franz Ferdinand hat seinerzeit dem dem Hausvermögen der Este die Schlösser angekauft und für seine Zwecke ausgetauscht. Man weiß auch, daß er noch zu seinen Lebzeiten mehrfach Schritte unternommen hat, um den reichen Schloßbesitz seinen Kindern zu sichern zu können, daß aber seine unangenehmsten Versuche an dem klaren unangenehmsten Vorlauf des Testaments des Eitelichen von Modena als Stiefsohn des Eitelichen Familienvermögens scheiterten. Da das Familienvermögen des ermordeten Thronfolgers verhältnismäßig nicht groß genannt werden kann, so wären die unglücklichen Kinder auf eine Lebenshaltung angewiesen, die der früherer gewohnter nicht entfallen hätte, wenn nicht der gütige Kaiser Franz Joseph in Überbesinnung mit dem neuen Thronfolger und dessen Gemahlin eine für die Fürstentinder günstige Abrede getroffen hätte.

Man wußte nur zu berichten, daß Kaiser Franz Joseph wie Erzherzog Karl Franz Joseph sich bereit erklärt hätten, den Kindern eine jährliche Apvantage zu gewähren, die ihnen eine standesgemäße Lebenshaltung sichere. Näheres über die Veranlagung, insbesondere über die Höhe der Apvantage, ist nicht bekannt geworden. Sicherem nach ist die Höhe der Apvantage jedes der Kinder auf jährlich 100 000 Kronen festgelegt worden; diese Zahlungsverpflichtung besteht nach den getroffenen Vereinbarungen auch für den neuen Thronfolger, sobald er den Kaiserthron bestiegen hat. Aber nicht genug damit, Kaiser Franz Joseph will die unglücklichen Kinder den gesamten Lebensgrundbesitz ihres Vaters erhalten. Durch die Bemühungen des greisen Monarchen ist es ermöglicht worden, die aus dem Eitelichen Fideikommiß angekauften drei Schlösser aus dem Krongut auszufcheiden und sie vollständig dem ältesten Sohne, dem Fürsten Maximilian Hohenberg, zu überlassen. Die kostbaren Kunstschätze des ermordeten Thronfolgers, die zum größeren Teile aus Werten des Eitelichen Vermögens erworben wurden, verbleiben in vollem Umfange den verwitweten Kindern.

So hat Kaiser Franz Joseph dafür gesorgt, daß den bedauernswerten Fürstentinder ein Lebensführung möglich sein wird, die faum von der bei Lebzeiten der Eltern genutzten unterscheiden wird.

## Gestern noch auf stolzen Rossen.

161 Roman von Horst Bodemer.

Wütten stand, den Säbel am Griff gefaßt, wie eine Bildsäule da und sagte kein Wort.

„Wenn ich an Ihren Herrn Vater schreiben würde, er möchte wenigstens schnell ihre Schuld tilgen, — was meinen Sie?“

„Herr Oberst, fast kann ich es selbst, es handelt sich höchstens um fünfshundert Mark.“

„Na, desto besser, haben Sie das Geld bei sich?“

„Zu Befehl, Herr Oberst!“

„Geben Sie es mir, ich werde mich sofort mit Ihrem Herrn Vater in Verbindung setzen, es wird wohl das Beste sein, nicht wahr?“

„Gehorlamten Dank, Herr Oberst, ich glaube es auch!“

„Und in den nächsten Tagen, vielleicht morgen schon, bin ich in Berlin und werde den Herrn Polizeipräsidenten bitten, mich zu empfangen!“

Wütten legte dreitausendfünfhundert Mark auf den Tisch, der Oberst quittierte den Empfang.

„Und halten Sie sich immer in Ihrer Wohnung auf, wenn Sie keinen Dienst haben, ich werde Ihnen telegraphieren, sobald ich nach Berlin komme!“

„Herr Oberst wollen mir gestatten...“

„Ach was, Dank! Aber rechtshaffen während bin ich auf Sie, das können Sie mir getrost glauben! Vor einem halben Jahr ist der Klossow um die Ecke gegangen, und wenn

nun wieder eine solche Sache in meinem Offizierskorps passiert, dann heißt's gleich, man habe keinen guten Einfluß auf die Herren und eines schönen Tages hat man den Abschied in der Tasche! — Und nun tun Sie gar nichts, Sie haben sich mir, wie sich das in solcher Lage auch gehört, anvertraut und ich werde den Dingen mit aller Energie auf den Grund zu gehen versuchen!“

Wütten war froh, wie er wieder auf der Straße stand. Er ging noch einmal zu Weitzersstedt und fuhr mit dem nächsten Zuge nach Berlin zurück.

\* Paunisch brannte der Boden unter den Füßen. Alle Bierstübchen erkundigte er sich, ob man ihn noch nicht ans Telefon verlangt habe. Schließlich musterte der Kellner den Gast misstrauisch. Der sah aber auch zu unheimlich aus. Aber das gelbe Gesicht ging alle Augenblicke ein Juden, die dunklen Augen irren in einem Gaste zum anderen, immer mehr fand die kleine Gestalt in sich zusammen, und wenn er nach dem Weingläse griff, zitterte die Hand.

Stunde auf Stunde verging, da legte wieder einmal ein Dampf an. Jeden, der ausstieg, musterte er, die Kriminalpolizei schickte ja ihre Leute überall hin, und daß sein „Signalement“ schon bekannt gegeben war, konnte leicht möglich sein, — wenn der Hoffmann sich kein Blatt vor den Mund genommen hatte.

Da sprang er auf, rieb sich die Augen, wahrhaftig, dort vom Dampf kam Mister Root. Er stürzte ihm entgegen.

„Sie — Sie, — gleich muß ich Sie sprechen!“

„Einen Augenblick war Root zu Tode erschrocken, aber schnell hatte er seine Kaltblütigkeit wieder. Der Mann da, der ättern vor ihm stand, war ihm nicht gefährlich. Im Gegenteil, er hatte ihn in der Hand.“

„Herr Paunisch, was wünschen Sie?“

Der zerrte ihn am Ärmel.

„Kommen Sie — kommen Sie, da an meinen Tisch!“

„So nobel? Mein! — Sie wollen mich wohl einladen, Herr Paunisch?“

„Natürlich trinten Sie mit — natürlich!“

„Aber ich habe Durst auf Sekt!“

„Meinethaben!“

„Und Hunger hab' ich auch!“

„Kann ich mir denken! — Kellner!“

„Ehr sorgsam suchte Mister Root aus.“

„Nu sagen Sie mir bloß...“

„Alles, was Sie wünschen, aber erst auf dem Seimwege!“

Mister Root ließ es sich gut schmecken und Paunisch hatte eine bedeutende Rechnung zu begleichen.

„Aber nun kommen Sie! Wir bummeln ein bißchen die Potsdamer Chaussee entlang, da stört uns kein Mensch!“

Root überlegte, ob er sich nicht lieber mit kühlem Danke verabschieden sollte, aber schließlich sagte er sich: Der Kassaabschneider wird eine Menge von mir wissen wollen, da läßt sich sicher noch ein „Geschäftchen“ machen.

„Wie konnten Sie nur dem Hoffmann alles lazen.“ schrie ihr Paunisch, als sie die letzten Häuser im Rücken hatten, aufgeregter an.

„Herr Paunisch, er bezahlt besser wie Sie!“

„Aber das ist doch eine Gemeinheit!“

„Das er besser bezahlt?“

„Machen Sie doch keine schlechten Witze, Gemeinheit!“

„Also, da wollen wir von „Gemeinheit“ lieber nicht sprechen, Herr Paunisch, es hat keinen Sinn, schlagen Sie sich an die elendigen Brust! Ja bin ein armer Krüppel...“

„Ja, ja, ja! — Was haben Sie Hoffmann eigentlich gesagt?“

„Er hat mich anständig bezahlt, dafür hat er keine „Auskünfte“ bekommen. Sie wissen doch, ich bin nebenbei auch Detektiv, und Geschäft ist Geschäft!“

„Da sah Paunisch, daß er mit dem Mann doch nichts anfangen konnte. Er gab seinen sauerverdiene Geld hin und hatte keinen Augen danken.“

„Adieu, Mister Root!“

„Wie?“

„Adieu — leben Sie wohl!“

„Denken Sie vielleicht, ich gehe mit Ihnen bei Mondschein zum Späße spazieren?“

„Ich will aber nichts mehr von Ihnen wissen — und das sage ich Ihnen, wenn Sie noch das geringste gegen mich unternehmen, zeige ich Sie wegen Erpressung an!“

„So — o?“

„Ja und nun Adieu — zum letzten Male!“

„Sie haben gesagt „Erpressung“, Herr Paunisch, ich habe mir keine aufzubedenken lassen und werde morgen selber zur Polizei gehen und ihr sagen, was an Ihnen dran ist für die Beleidigung aber sollen Sie gleich die Dichtung haben!“ Und ehe sich's Herr Paunisch verabschiedete, hatte er rechts und links ein paar tüchtige Ohrfeigen erhalten.